Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14 Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos Heinrichs. — Anholt W. Wolsing. — Werth: Th Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsst. RM —, ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand für beide Teile Bocholt

Nummer 316 | Montag, den 14. November 1932 | Jahrgang 1932

Auflösung des Reichstags vor dem Zusammentritt?

Die Verhandlungen des Kanzlers mit den Parteiführern.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 13. November (Drahtb.).

Die von den vereinigten Reichsratsausschüssen angenommene Entschließung zum Verhältnis zwischen Reich und Preußen und zu den Reichsreformplänen (vergl. den an anderer Stelle veröffentlichten Bericht) zeigt zwar eine weiche Form, der Inhalt läßt aber doch die schweren Bedenken erkennen, die bei den Länderregierungen gegen die Maßnahmen der Reichsregierung wachsen.

Das Mißtrauen der Länderregierungen kam noch weit stärker als in der Entschließung in den Reden zum Ausdruck, die in den Reichsratsausschüssen von mehreren Ländervertretungen gehalten wurden.

Die Reichsregierung mußte sich von nichtpreußischen Vertretern sagen lassen, daß ihr Vorgehen in Preußen die Grenze überschreite, die nach dem Leipziger Urteil gesteckt sei.

Die Kommentare der Rechtspresse erwecken den Anschein, als ob die Spannungen zwischen dem Reich und den Ländern so gut wie beseitigt wären. Auf Grund guter Informationen glauben wir feststellen zu können, daß das nicht der Fall ist. Das Mißtrauen der Länderregierungen ist mit Recht wach, denn trotz aller Dementis und trotz der offiziellen Erklärungen, daß es sich nur um Kombinationen handele, läßt sich die Tatsache nicht aus der Welt schaffen,

daß politische Krisenmacher am Werk sind, durch die Befürwortung einer Gewaltpolitik die Reichsregierung an die äußerste Grenze der Legalität und noch darüber hinaus zu drängen.

Es ist nicht leicht, sich durch das ganze Gestrüpp von Gerüchten und Behauptungen hindurch zu finden. Soviel dürfte doch unzweifelhaft wahr sein, daß auch

im Schoße der Reichsregierung gewisse Tendenzen rege sind, den Reichstag aufzulösen, bevor er noch seine konstituierende Sitzung abgehalten hat und alle geplanten Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 durchzuführen.

Zu einem formellen Beschluß sind diese Bestrebungen selbstverständlich noch nicht herangereift. Aber die Gefahr, daß angebliche Kombinationen in die Tat umgesetzt werden könnten, steht dringend vor dem deutschen Volke. Unter anderen Anhaltspunkten scheint besonders der erwähnenswert zu sein, daß

die Verhandlungen mit den Parteiführern von maßgeblicher Stelle schon von vornherein als aussichtslos bezeichnet

worden sind.

Angesichts der ganzen verworrenen Lage sind äußerstes Mißtrauen und größte Wachsamkeit am Platze. Auch die Nationalsozialisten werden wissen, um was es sich handelt und werden hoffentlich nicht durch Fernbleiben von den Verhandlungen mit Reichskanzler von Papen den Plänen Vorschub leisten, die mit allem Nachdruck besonders aus Kreisen des Stahlhelms befürwortet werden. Eine „Revolution von oben" käme diesen Kreisen sehr gelegen

Das Zentrum hat den Wahlkampf geführt für die Wahrung der Rechte des Volkes, für die Schaffung einer Mehrheit im Parlament und für die Bildung einer brauchbaren Regierung In diesem Sinne werden die Führer des Zentrums auch in den kommenden schicksalsschweren Tagen auf der Wacht stehen. Die letzte Entscheidung aber liegt beim Reichspräsidenten von Hindenburg.

Die Parteiführerbesprechungen mit Reichskanzler von Papen haben am Sonntag nachmittag mit dem Empfang des deutschnationalen Führers Dr. Hugenberg begonnen.

Amtliche Berichte über diese Besprechungen werden nicht ausgegeben. Für die Unterredungen zwischen dem Reichskanzler und Dr. Hugenberg ist ein solcher Bericht auch durchaus überflüssig, denn es ist ohne weiteres klar, daß sich volle Uebereinstimmung der Meinungen ergeben hat. Da am Montag der Reichskanzler nach Dresden fährt, bleibt für die Unterredungen mit den anderen Parteiführern nur der Dienstag und Mittwoch. Die darauffolgenden Tage benutzt der Reichskanzler zum Staatsbesuch bei anderen Länderregierungen. Sein Vortrag beim Reichspräsidenten über das Ergebnis der Aussprache mit den Parteiführern kann somit erst Ende der Woche erfolgen.

Statt Kontingente Agrarkartelle?

Geheimrat Bosch über die handelspolitischen Notwendigkeiten.

Berlin, 13. November.

Ausführungen von Geheimrat Bosch (J. G. Farbenindustrie AG.) auf der internen Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie über die handelspolitischen Notwendigkeiten sind jetzt im Druck erschienen. Diese Ausführungen sollen dazu beitragen, die unfruchtbaren Diskussionen zwischen Industrie und Landwirtschaft zugunsten einer vernünftigen Zusammenarbeit zu überwinden.

Für die deutsche Wirtschaftspolitik und besonders für die deutsche Handelspolitik ergebe sich, so erklärt Geheimrat Bosch, die Notwendigkeit, einen Weg zu suchen und zu finden, der den Interessen der beiden Grundpfeiler des deutschen Wirtschaftslebens, Landwirtschaft und Industrie, Rechnung trage. Die Industrie setze ihre volle Kraft ein, um die Ausfuhr zu erhalten und Raum für neue zusätzliche Ausfuhr zu schaffen. Sie stelle damit die Beschäftigung eines großen Teiles der industriellen Bevölkerung sicher und erhalte dessen Kaufkraft. Die Landwirtschaft dagegen versuche, eine umfassende Beschränkung der Einfuhr durchzusetzen, und verspreche sich davon eine Lösung des deutschen Agrarproblems.

Jeder weitere Rückgang des Exports müsse die deutsche Arbeitslosigkeit, die mit rund 2 Millionen Arbeitslosen allein auf den zurückgegangenen Export entfalle, noch erheblich steigern, jede Steigerung der Arbeitslosigkeit aber verringere die Absatzmöglichkeiten für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte.

Eine gesunde deutsche Wirtschaft sei ohne ausgiebigen Export nicht möglich, und würde der Export noch weiter beschränkt, so würde die vorhandene Industrie in einem so engen Wirtschaftsraum wie dem deutschen nicht mehr lebensfähig sein.

In diesem Zusammenhang spricht Geheimrat Bosch auch über den Einfuhrbedarf an Rohstoffen, den Deutschland nur mit den aus seinem Export kommenden Devisen bezahlen kann. Er hebt hervor, daß Deutschland im Jahre 1931 den europäischen Ländern für 3,8 Milliarden RM. Waren abgenommen, dafür aber an sie für 7,8 Milliarden Ausfuhrware geliefert habe, sodaß es einen Devisenüberschuß von 4 Milliarden erzielen konnte, und dieser wurde dazu benutzt, um die fehlenden Devisenmilliarden für unentbehrliche Einfuhr aus Ueberssee zu begleichen, Schulden abzuzahlen und Zinsen aufzubringen. Die Entbehrlichkeit einer eingeführten Ware dürfe nicht nur daran gemessen werden, daß sie im Inland erzeugt werden könne, sondern man müsse in Betracht ziehen, daß bei der Verhinderung ihrer Einfuhr ausländische Käuferschichten ausfallen und damit wieder rückwirkend der deutschen Landwirtschaft gegenüber die inländische Kaufkraft der Exportindustrie und ihrer Arbeiter verringert werde. Hier liege die Kollission der Einfuhrbeschränkung, auch für Agrarprodukte, mit der Ausfuhrpolitik vor.

Die geplante Kontingentierung für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte sei für die deutsche industrielle Wirtschaft von verhängnisvoller Wirkung.

Der Absatz der wichtigsten Exportindustrien sei in den nordischen Ländern und Holland außerordentlich stark zurückgegangen. Da rund 50 Prozent des landwirtschaftlichen Absatzes von der Industriebevölkerung aufgenommen würden, überträfen die Rückwirkungen der Gegenmaßnahmen des Auslandes gegen die geplante Kontingentierung bei weitem die Vorteile, die die Landwirtschaft davon haben könnte. Es müßten daher bei der Veredelungsproduktion andere Wege gesucht werden, um für die Landwirtschaft den erhofften Erfolg ohne eigene Schädigung und ohne Schädigung der Gesamtwirtschaft zu erreichen.

Jedenfalls sei das deutsche Agrarproblem das innere Hauptmoment für die schwierige handelspolitische Situation. Seine Lösung müsse von der Einnahmen- wie von der Ausgabenseite angefaßt werden, und insbesondere auf der Einnahmenseite der Landwirtschaft sei ein großes Feld für organisatorische Maßnahmen gegeben (Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion). Die von der Industrie in dieser Hinsicht gemachten Erfahrungen könnten unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Landwirtschaft als Prinzip sicherlich auch auf die landwirtschaftliche Produktion übertragen werden.

In Deutschland erhalte der produzierende Landwirt von jeder Reichsmark, die der Konsument ausgebe, nur 50 Pfennig. Dieses Verhältnis sei in anderen Ländern wesentlich günstiger. Eine Steigerung des Erlöses um 10 Prozent würde allein einer Größenordnung von 900 Millionen Mehreinnahmen für die Landwirtschaft entsprechen.

Für die landwirtschaftlichen Märkte schlägt Bosch eine planmäßige Regelung vor, um stoßweises Ueberangebot, das, wenn es auch nur klein sei und an den zentralen Märkten auftrete, für das ganze Land das Preisniveau senke, zu verhindern.

Der Landwirtschaft sei in erster Linie durch die organisatorische Ordnung ihrer Märkte zu helfen. Wenn die zuständigen Stellen die öffentliche Belastung senken würden, könne zudem auch auf der Ausgabenseite der Landwirtschaft geholfen werden.

Schließlich kennzeichnet Bosch die notwendige handelspolitische Linie, die sowohl den Wünschen der Landwirtschaft als den Forderungen der Industrie entspreche, mit folgenden Voraussetzungen: Die Meistbegünstigung als oberstes Prinzip sei nicht zu entbehren. Auch auf die Ergänzung der Meistbegünstigung durch Tarifabreden könne die Industrie nicht verzichten. Die Einwendungen der Landwirtschaft gegen die Tarifabreden seien nur insoweit stichhaltig, als durch sie die innere Preisbildung gestärkt werde; hier müßten aber die innerorganisatorischen Maßnahmen ausgleichend wirken. Die Katastrophenklausel sei in den zukünftigen Handelsverträgen fest zu verankern, um Notstandsmaßnahmen zu ermöglichen.

Einsturzkatastrophe in Warschau.

18 Tote und 20 Verletzte.

+ Warschau, 13. November.

Im Norden der Stadt hat sich heute eine gewaltige Einsturzkatastrophe ereignet, die 18 Todesopfer gefordert hat. Die Katastrophe spielte sich heute früh um 6 Uhr ab. Verschiedene Umstände wirkten zusammen, um ihr Ausmaß so riesengroß zu gestalten.

Das Gebäude, das einstürzte, beherbergte eine Brauerei, die dort ihre großen Hopfenvorräte eingelagert hatte. Daneben stand ein kleines Wohnhaus. Das Brauereigebäude ist alt und baufällig gewesen; dem gewaltigen Druck der Hopfenmassen haben die morschen und teilweise schon brüchigen Wände nicht mehr Stand gehalten. Der Einsturz erfolgte unter ungeheurem Getöse. Die Hopfenmassen, Stein- und Ziegeltrümmer stürzten auf das kleine Wohnhaus, das mit seinen 38 Bewohnern vollständig begraben wurde. Zwar ist sofort Hilfe zur Stelle gewesen, da sich auf der anderen Straßenseite eine Polizeischule befindet, deren Insassen im Augenblick der Katastrophe herausstürzten, um sich ans Rettungswerk zu machen. Den fieberhaften Anstrengungen der Rettungsmannschaft gelang es, außer den 18 Toten aus den Trümmern noch die übrigen 20 Bewohner des Hauses zu bergen, die alle mehr oder minder schwer verletzt sind.

Santa Cruz völlig zerstört.

Die furchtbare Sturmkatastrophe auf Kuba.

× Havanna (Kuba), 12. November.

Die Zahl der Toten, die der verheerende Wirbelsturm auf Kuba gefordert hat, wird jetzt auf insgesamt 2700 Personen angegeben. In der völlig zerstörten Stadt Santa Cruz wurde über die Hälfte der Bevölkerung getötet. Der Sachschaden beläuft sich nach den vorläufigen Schätzungen auf rund 20 Millionen Mark. 40 v. H. der Zuckerernte und für zwei Millionen abgeernteter Zucker sind vernichtet worden. Die Stadt Santa Cruz bietet einen grauenhaften Anblick. Zwischen den Trümmern stehen Soldaten, die rücksichtslos auf jeden Plünderer schießen. Die Leichen der Getöteten sind zu Hunderten aufgeschichtet und werden mit größer Eile in Massengräbern bestattet, um ansteckende Krankheiten zu vermeiden. Von allen Seiten treffen Arzneimittel, Nahrung und Kleidung in Santa Cruz ein, um der von der Katastrophe verschonten Bevölkerung und den Verwundeten zu helfen.

Der militärische Oberbefehlshaber von Santa Cruz berichtet von einer sensationellen Vorausage der Katastrophe, die ihm die Rettung von Hunderten von Menschen ermöglichte. Ein Fischer stürzte mitten in der Nacht in seine Wohnung mit den Worten: „Seht das Meer und den Himmel an und Ihr werdet wissen, daß ganz Santa Cruz überschwemmt werden wird." Der Befehlshaber tat hierauf sein Möglichstes, um die Bewohner zur Flucht zu veranlassen, wobei er des öfteren sogar mit der Schußwaffe drohen mußte. Trotzdem gelang es ihm nur verhältnismäßig wenige zu retten, bevor die Katastrophe hereinbrach.

Der vorgestrige Wirbelsturm hat auf der kleinen Insel Cayman Brac bei Kuba mehr als 80 Personen getötet und 300 schwer verletzt. Alle Gebäude wurden vernichtet. Ein Einwohner sandte SOS-Rufe nach Wasser, Nahrungsmitteln, Aerzten und Kleidung aus.

Tagesfragen.

Vorschwerwiegenden Entscheidungen.

Eine Woche beginnt heute, in der schwerwiegende Entscheidungen fallen können. Die Situation für den Reichskanzler von Papen ist so, daß er anscheinend noch das Vertrauen des Reichspräsidenten hat; daß aber neunzig Prozent des Reichstages ihn ablehnen und auch die Mehrzahl der Länderregierungen, darunter die aller großen Länder, mehr oder weniger schroff gegen ihn stehen. Hundertprozentig hat er auf seiner Seite noch die Reichswehr. Und dieser Gesichtspunkt ist wohl für die „Deutsche Zeitung" maßgebend, wenn sie den Reichskanzler auffordert, den Rubikon zu überschreiten, also Caesars Vorbild zu folgen, der mit der Ueberschreitung dieses oberitalienischen Flusses zum Staatsstreich ansetzte. Die Deutschnationalen, deren Auffassungen sich in dem genannten Blatt wiederspiegeln, fordern bekanntlich, daß der Reichskanzler vom Reichspräsidenten die sofortige Wiederauflösung des Reichstages erwirkt und daß er dann seine Ziele, unbekümmert um die Verfassung, diktatorisch durchführt. Und diese Ziele, für die sich allein die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei begeistern, sind die Umgestaltung der Verfassung, um Regierungsgewalten im Reich und in den Ländern zu schaffen, die von den Parlamenten unabhängig sind, Umbau des Wahlrechts und Reichsreform. Dazu sollen der Reichspräsident und die Reichsregierung den Rubikon überschreiten! Der Reichspräsident wird somit in wenigen Tagen vor der kritischen Frage stehen, ob er sich gegen den Volkswillen für die von dem derzeitigen Reichskanzler repräsentierte deutschnationale Parteimeinung oder aber gegen den Kanzler und die Deutschnationalen für die Errichtung einer wahrhaften Treuhänderschaft entscheidet, worunter die Bereitwilligkeit zu verstehen ist, eine Präsidialregierung einzusetzen, die darauf rechnen kann, im Reichstag eine Mehrheit für sich zu gewinnen. Wie sich diese Mehrheit finden kann und warum sie sich finden muß, haben wir in der vergangenen Woche sehr deutlich auseinandergesetzt, und wir verzeichnen mit Genugtuung, daß dieser selbe Gedanke auch in anderen Kreisen vertreten wird, so in dem Organ des Christlichen Metallarbeiterverbandes und im „Bayerischen Kurier" von dem Reichstagsvizepräsidenten Rauch, dem bekannten Mitgliede der Bayerischen Volkspartei. Er schreibt zu den bevorstehenden Parteiführerbesprechungen, es gelte der Gefahr vorzubeugen, daß sich das Spiel vom September wiederhole. Die arbeitswilligen Parteien, die ein Interesse am Bestand einer Volksvertretung haben, dürften sich nicht durch Sonderverhandlungen mit der Regierung gegeneinander ausspielen lassen, sondern müßten zunächst unter sich eine gemeinsame Plattform suchen und erst von dieser aus mit der Regierung verhandeln. Gehe dies nicht oder nicht rechtzeitig, dann hätten die Parteien selbst versagt und seien mitschuldig, wenn die Gewalt über das Recht triumphiere. Daß die für diese Konzentration in Frage kommenden Parteien die Dinge auf sich zukommen lassen, ohne sich selbst und untereinander zu rühren, ist natürlich nicht anzunehmen. Aber es ist klar, daß es da nicht geringe Schwierigkeiten zu überwinden gibt. Wir hoffen, daß die Führer der Parteien, die wir unter den gegebenen Verhältnissen allein noch als zu einer Mehrheitsbildung geeignet ansehen können, das Gebot der Stunde erkennen.

★

Kartellierung der Landwirtschaft?

Die Reichsregierung hat mit ihrer Kontingentierungspolitik Schiffbruch erlitten, wie vorauszusehen war. Bemühungen, in dieser Angelegenheit ein Kompromiß zu finden, sind ebenfalls erfolglos geblieben. Der Mißerfolg der „Tomatenkommission", die sich auf die deutsche Ausfuhr geltend machende Reaktion der europäischen Länder, die als stärkste Abnehmer unserer Ausfuhrwaren sich in England und anderen Industrieländern einzudecken begonnen haben, die Warnungen der deutschen Exportindustrie und des Reichsbankdirektoriums und endlich die Widerstände im Reichskabinett selber haben sich als stärker erwiesen als der Reichsernährungsminister und die Grüne Front. Der Brief des Reichsbankdirektoriums an den Reichskanzler, in dem vor den Kontingentierungsmaßnahmen gewarnt wird, ist jetzt von der „Tat-Kreis"-Korrespondenz im Wortlaut veröffentlicht worden.

In dem Brief wird darauf hingewiesen, daß bis jetzt ein Zustand der Stabilität mit leichter Besserung in den primären Deckungsmitteln der Reichsbank aufrechterhalten worden ist und daß auch gewisse Aussichten der Aufrechterhaltung dieser Stabilität für die Zukunft bestehen. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Diese Stabilität (die an sich natürlich nicht genügt, sondern allmählich einer fühlbaren Besserung der Devisenlage Platz machen muß) wird, wie wir überzeugt sind, durch die zur Zeit schwebenden oder in Angriff genommenen Kontingentierungsmaßnahmen in ernste Gefahr gebracht. Wir können in keiner Weise annehmen, daß künstliche Einfuhrdrosselungen derart, wie sie jetzt in Erörterung stehen, für die Devisenbilanz Nutzen bringen. Wir sind umgekehrt überzeugt, daß die unmittelbare Ersparnis an Devisen, die durch die geplanten Einfuhrbeschränkungen eintreten würde, um ein Vielfaches durch die Verluste übersteigert wird, die unsere Ausfuhr im Zusammenhang mit dieser künstlichen Einfuhrdrosselung erleiden würde. Wir sehen besonders auch die Gefahr, daß ein etwaiger „Devisen-

krieg" sich mit großer Geschwindigkeit verbreiten könnte, in dem Land nach Land Maßregeln ergreift, infolge derer Devisenüberschüsse uns überhaupt nicht mehr zufließen. Das würde dann nicht eine Einstellung des deutschen Schuldendienstes in einer Weise bedeuten, für die das Ausland Verständnis aufbringen würde, indem man den Vorgang als eine Folge höherer Gewalt zu betrachten vermöchte, sondern das Ausland würde eine solche Entwicklung als lediglich durch Deutschland verursacht bewerten, und daraus würden sich Folgen entwickeln, die wir als unabsehbar bezeichnen müssen. Ohne die produktionspolitischen Zusammenhänge und die Rückwirkungen auf das aufbauende Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung des näheren zu erwähnen, wollen wir nur noch darauf hinweisen, daß nur wenige Länder der Erde zur Zeit handelspolitisch noch aktiv sind und daß Deutschland unter diesen Ländern eine hervorragende Stelle einnimmt. Wir möchten hoffen, daß diejenigen nicht Recht haben, die glauben, bereits jetzt sei ein Schaden entstanden, der nicht völlig wiedergutzumachen wäre. Wir sehen indessen die Sachlage nunmehr als so ernst an, daß wir uns im Interesse der deutschen Währung verpflichtet fühlen, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, diese dringenden Vorstellungen zu unterbreiten."

Vorsorglicherweise hat das Reichsbankdirektorium eine Abschrift dieses Schreibens an alle Mitglieder der Reichsregierung gesandt. Es haben dann Versuche eingesetzt, an die Stelle von Einfuhrkontingenten für landwirtschaftliche Veredlungserzeugnisse Maßnahmen auf zollpolitischem Gebiet, etwa die Einführung von Gleitzöllen treten zu lassen. Sie lassen sich aber nicht so schnell verwirklichen, und dieser Plan hat auch, soweit wir haben feststellen können, in den Organen der Landwirtschaft wenig Gegenliebe gefunden. Nun ist der Gedanke der Kartellierung und Monopolisierung der agrarischen Märkte stark in den Vordergrund gerückt. Dieser Vorschlag ist zuerst von dem Rittergutsbesitzer von Knebel-Doeberitz gemacht worden, der in den letzten Wochen wiederholt als Nachfolger des Reichsernährungsministers von Braun genannt wurde. Danach hat der Vorschlag bei einem Teil der Großindustrie, bei dem Langnam-Verein, lebhafte Zustimmung gefunden, und jetzt unterstützt auch Geheimrat Dr. Bosch und damit der gewaltige, an hohen Düngemittelpreisen interessierte J. G. Farben-Trust diesen Plan, der auf eine Ausdehnung der vielbekämpften Kartelle, wie sie in der Industrie bestehen, auf die landwirtschaftliche Edelproduktion hinausläuft. Wie die Industriekartelle die Preise künstlich hochhalten, so soll auch durch monopolistische Agrarkartelle ein höheres Preisniveau für die landwirtschaftlichen Produkte erzielt werden. Die Regelung, die beispielsweise bei der Zuckerproduktion besteht, wo man die Erzeugung kontingentiert hat und der Konsument dauernd ein Mehrfaches des Weltmarktpreises zahlen muß, während die Ueberschüsse zu Verlustpreisen im Ausland losgeschlagen werden, soll also auf andere Teile der landwirtschaftlichen Erzeugung ausgedehnt werden. Erstaunlich ist hierbei, daß die industriellen Förderer der agrarischen Kartellpolitik nicht an deren Auswirkung auf das Lohnniveau zu denken scheinen, von dem doch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie mit abhängig ist. Wie man sich in der Grünen Front zu dem Kartellplan stellt, ist noch nicht bekannt. Vielleicht erfährt man darüber heute Näheres, denn ihre Führer werden heute vom Reichspräsidenten empfangen. Die „Deutsche Tageszeitung", das Organ des Reichslandbundes, zeigte sich dieser Tage sehr erbost darüber, daß die Kontingentpolitik im Kabinett nicht weiter gekommen ist. Das Blatt verlangt, daß der Reichsernährungsminister von Braun an seinem bisherigen Standpunkt festzuhalten hätte, oder aber die Konsequenzen ziehen müsse. Die Unterredung der Führer der Grünen Front mit dem Reichspräsidenten kann, wie in verschiedenen Blättern geäußert wird, für den Bestand des Kabinetts von Papen sehr gefährlich werden.

Kommunalwahlen im Freistaat Sachsen, in Lübeck und im Saargebiet.

Ueberall geringere Wahlbeteiligung.

Im Freistaat Sachsen, in Lübeck und im Saargebiet haben gestern Kommunalwahlen stattgefunden. Sie sind meist ruhig verlaufen, nur aus Sachsen werden ein paar Schlägereien gemeldet. Die Wahlbeteiligung war geringer als am 6. November.

Ergebnisse aus größeren sächsischen Städten:

In Dresden: SPD. 103 863 (123 135 Stimmen am 6. November), 22 Mandate (28 Mandate bisher); DVP. 16 955 (22 522), 4 Mandate (12); Kommunisten 59 780 (64 515), 13 Mandate (7); Staatspartei 7749 (8108), 2 Mandate (7); Nationalsozialisten 104 107 (134 333), 22 Mandate (4); Allg. Hausbes.-Bund 11 910 (—), 3 Mandate (3); Zentrum 6643 (7231), 1 Mandat (1); Volksrechtspartei 922 (595), 0 Mandate (1); Chr.-Soz. 4733 (4310), 1 Mandat (—); Handel, Handwerk und Gewerbe 6947 (—), 1 Mandat (—); Handel und Gewerbe 2858 (—), 1 Mandat (—); Ueberparteil. Rechte 1661 (—), 1 Mandat (—); DNVP. 20 396 (36 185), 4 Mandate (7); Dtsch. Notgem. 564 (—), — (—). Die Wahlbeteiligung betrug 69 v. H.

In Leipzig wurden bei den Stadtverordnetenwahlen abgegeben: Für die nationale Bürgerliste 55 858 Stimmen, 11 gegen 28 Mandate bei den Wahlen vom 17. 11. 1929; SPD 132 871, 24 gegen 27 Mandate Reichstagswahl vom 31. 7. 149 565 Stimmen, Reichstagswahl vom 6. Nov. 153 698 Stimmen); KPD 96 275, 17 gegen 9 Mandate (Reichstagswahl 88 586 bezw. 100 202 Stimmen); Volksr. P. 16 090, 3 gegen 4 Mandate; Staatspartei 7900, 1 Mandat gegen 3 Mandate; NSDAP 101 090, 18 gegen 3 Mandate (Reichstagswahlen 142 551 bezw. 128 558); KPD.-Opposition 1341 Stimmen, kein Mandat, bisher ein Mandat; Chr.-Soz. Volksfront 5505 Stimmen, 1 Mandat; SAP 691, 1 Mandat; Deutsche bürgerliche Mitte 2580 Stimmen, kein Mandat. Die Wahlbeteiligung betrug 78,6 Prozent.

In Chemnitz: SPD. 56 630 (Reichstagswahl 59 227 bezw. Stadtverordnetenwahl 1929 59 994), KPD. 47 574 (47 695 bezw. 28 159), Chemnitzer Mittelstand (früher Wirtschaftspartei) 10 010 (3101 bezw. 21 787), D. Ntl. 11 554 (13 347 bezw. 20 266), D. Vpt. 3091 (3626 bezw. 19 215), NSDAP. 69 538 (79 766 bezw. 13 274), Staatspartei und Zentrum 3728 (3612 bezw. 7376), Volksr. P. und Inflationsgesch. 1896 (1193 bezw. 5842), Chr. Volksd. 2839 (3103 bezw. 4523), Volksbund für Deutschlands Erneuerung 97 (0 bezw. 0), SAP. 341 (367 bezw. 0), KPD.-Opposition Brandler-Gruppe 478 (0 bezw. 1468). Zahl der abgegebenen Stimmen 207 820.

In Bautzen: SPD. 2944 Stimmen (8, bisher 12 Mandate); NSDAP. 5446 Stimmen (10, bisher 4); D. Ntl. 2305 Stimmen (5, bisher 4); Staatspartei 664 Stimmen (1, bisher 3); KPD. 2843 Stimmen (5, bisher 2); Freie bürgerliche Mitte 595 Stimmen (1. bisher 2); Mittelstandspartei 156 Stimmen (0, bisher 3); Chr.-Soz. 631 Stimmen (1, bisher 0); Zentrum 912 Stimmen (2, bisher 1); D. Vpt. 1130 (2, bisher 4).

Bürgerschaftswahlen in Lübeck.

Bei den Bürgerschaftswahlen in Lübeck erhielten Sozialdemokraten 30 040 Stimmen, 29 Mandate, Hanseatischer Volksbund 4893 Stimmen, 5 Mandate; Kommunisten 9902 Stimmen, 9 Mandate; NSDAP 27 282 Stimmen, 27 Mandate; Staatspartei 1277 Stimmen, 1 Mandat; Zentrum 748, 1 Mandat; Haus- und Grundbesitzer 4105 Stimmen, 4 Mandate; D. Ntl. 3736 Stimmen, 4 Mandate. Diese Stimmenberechnung ist nur vorläufig, da die abgegebenen Briefstimmen noch nicht berücksichtigt sind. Das amtliche Ergebnis steht noch aus.

Die Gemeindewahlen im Saargebiet.

Die Beteiligung an den Wahlen zu den Kreistagen und den Gemeinderäten im Saargebiet war im allgemeinen ziemlich schwach; sie erreichte in den meisten Fällen kaum 60 Prozent. In der Stadt Saarbrücken wurden von 84 536 Wahlberechtigten 50 413 gültige und 485 ungültige Stimmen abgegeben. Es erhielten: NSDAP 6950 Stimmen, 8 Sitze (bei der letzten Wahl 1929: 1095 Stimmen, 1 Sitz; bei der Landesratswahl im Frühjahr 1932: 5992 Stimmen); Kommunisten 10 367 Stimmen, 12 Sitze (6030 Stimmen, 8 Sitze, 11 393 Stimmen); Wirtschaftspartei 4898 Stimmen, 6 Sitze (5255 Stimmen, 7 Sitze, 5078 Stimmen); KPD.-Opposition 1136 Stimmen, 1 Sitz (0 Stimmen, 0 Sitze, 0 Stimmen); D. Ntll. 1892 Stimmen, 2 Sitze (2443 Stimmen, 3 Sitze, 1953 Stimmen); Deutsch-Saarländische Volkspartei 4979 Stimmen, 6 Sitze (8174 Stimmen, 11 Sitze, 7206 Stimmen); SPD 6571 Stimmen, 8 Sitze (8782 Stimmen, 12 Sitze, 8018 Stimmen); Zentrum 13 738 Stimmen, 17 Sitze (13 221 Stimmen, 18 Sitze, 16 023 Stimmen).

Von den Kreistagswahlen liegen noch keinerlei Resultate vor.

Frankophile Tendenzen kommen in einer „Unabhängigen Arbeiter- und Bürgerpartei", die in verschiedenen Orten besondere Listen eingereicht hat, zum Ausdruck. Neben den Mitgliedern des Saarbundes, einer Vereinigung freiwillig oder unfreiwillig auf frankophilem Boden stehender Persönlichkeiten, spielen die ins Saargebiet übergesiedelten rheinischen Separatisten darin eine große Rolle. Die Hauptstütze der neuen Partei sind die französischen Schulen. In der Führung stehen französische Staatsangehörige, die zur Zeit im Saargebiet wahlberechtigt sind, und deutsche Ueberläufer, die inzwischen die französische Staatsangehörigkeit erworben haben. Insgesamt waren in etwa einem Dutzend Orten derartige Listen aufgestellt, darunter auch in der Stadt Saarlouis, wo darauf wie auch in Dillingen ein Sitz entfallen ist.

Reichsrat gegen die preußischen Maßnahmen der Reichsregierung.

Die Länder fordern weitere Kürzung der Beamtengehälter.

:: Berlin, 12. November.

In der heutigen Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats wurde zunächst die Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden besprochen. Der Reichsminister der Finanzen, Graf Schwerin-Krosigk gab dazu einen Ueberblick über die Finanzlage im Reiche. Danach rechnet er mit einem

Ausfall bei den Steuer- und Zolleinnahmen in Höhe von etwa 700 bis 800 Millionen RM., von denen etwa 400 Millionen das Reich, der Rest die Länder treffen.

Außerdem legte der Minister den Schuldenstand des Reiches und die Verpflichtungen des Reiches aus Garantien usw. dar.

Die Länder machten ihre bekannten Forderungen geltend: Abschlagszahlung des Reichs an die Länder auf die Eisenbahnabfindung, Beteiligung der Länder an den Zuschlägen zur Einkommensteuer und schließlich gleichheitliches Vorgehen des Reiches und der Länder bei der Ergreifung von Sparmaßnahmen.

Staatsrat Schäffer, der Verwalter des bayrischen Finanzministeriums, erklärte, es sei den Ländern jetzt nicht mehr möglich, ihrer finanziellen Bedrängnis durch weitere Einsparungen bei den Sachausgaben zu begegnen. Es bleibe für sie

nichts anderes übrig, als in der einen oder anderen Form neue Einschränkungen bei den Personalausgaben vorzunehmen, sei es durch direkte Kürzung der Beamtengehälter, durch Verschiebung der Zahlungstermine oder ähnliche Maßnahmen.

Staatsrat Schaeffer verlangte von der Reichsregierung, daß sie in dieser Frage den gleichen Weg beschreite.

Der Reichsfinanzminister hat hierauf geantwortet, daß die Reichsregierung jetzt eine neue Reduzierung der Beamtengehälter nicht vornehmen könne oder wolle, wenn anders nicht die auf wirtschaftlichem Gebiet eingeleiteten Maßnahmen des Kabinetts gefährdet werden sollten. Es bleibe natürlich den Ländern für sich unbenommen, von sich aus diejenigen Beschlüsse zu fassen, die sie für notwendig hielten.

An der weiteren Aussprache über das Finanzproblem beteiligten sich noch eine Reihe von Ländervertretern, darunter auch der nationalsozialistische Finanzminister von Oldenburg, Pauly, der gleichfalls sehr energisch für die Notwendigkeit einer Kürzung der Beamtengehälter plädiert hat.

In der Nachmittagssitzung gab der Reichsminister des Innern, Freiherr von Gayl, eingangs einen Ueberblick über die Pläne der Regierung zur Reichsreform, wobei er betonte, daß diese Pläne in enger Fühlung mit den Ländern weiter bearbeitet werden sollen. Hieran schloß sich eine ausführliche Aussprache. Anschließend faßten die Vereinigten Ausschüsse folgende Entschließung, die dem Reichsrat in seiner nächsten Plenarsitzung vorgelegt wird:

I. Die Maßnahmen des Reichs vom 29. und 30. Oktober 1932 (Aufhebung des preußischen Wohlfahrtsministeriums usw.) gehen über die Maßnahmen, die auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli 1932 getroffen wurden, weit hinaus. Ohne bei diesem Anlaß die Frage der Rechtsbeständigkeit dieser Anordnungen weiter zu berühren,

stellt der Reichsrat fest, daß durch diese Maßnahmen eine grundlegende und tiefgreifende Veränderung im bisherigen verfassungsmäßig festgelegten Kräfteverhältnis zwischen dem Reich und Preußen, zwischen dem Reich und den Ländern udn zwischen den Ländern untereinander herbeigeführt worden ist.

Die obersten Reichsorgane haben wiederholt die Zusage gegeben, daß an dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern nichts geändert werden soll. Der Reichsrat erwartet daher, daß die Reichsregierung im Hinblick auf diese Zusage so rasch wie möglich die zur Behebung der eingetretenen Gleichgewichtsveränderung erforderlichen Maßnahmen trifft.

II. Bei der großen Bedeutung einer Reichsreform für das Schicksal von Volk und Reich stellt der Reichsrat an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, unter Vermeidung überstürzter Maßnahmen und einer übereilten Behandlung die deutschen Länder bei der Gestaltung der Entwürfe noch vor ihrer Verabschiedung im Reichskabinett und vor einer öffentlichen Bekanntgabe maßgebend zu beteiligen.

★

Außerdem Loyalität gegenüber Preußen!

÷ Berlin, 12. Nov.

Ueber die Verhandlungen in den Reichsratsausschüssen erfährt das Nachrichtenbüro des VDZ noch im einzelnen, daß in der Verfassungsdebatte am Nachmittag Ministerpräsident Dr. Braun als erster Vertreter der Länder das Wort nahm. Er führte einleitend aus, daß Vorbesprechungen der Reichsregierung mit den größeren Länderregierungen stattgefunden hätten, zu denen Preußen und „die übrigen kleinen Länder" nicht zugezogen worden seien, sodaß diese auf die Mitteilungen des Reichsinnenministers über die beabsichtigten Reformen angewiesen seien. Daraus ergebe sich aber, daß noch immer keine konkreten Entwürfe vorlägen. Zweifellos bestehe nach der Reichsverfassung ein unzweckmäßiger Dualismus Reich—Preußen. Artikel 48 sei kein geeigneter Weg, um die Mängel zu beseitigen. Nachdem der Staatsgerichtshof entschieden habe, sei es das einfachste Gebot der Loyalität, daß die preußischen Minister wieder in ihr Amt eingesetzt werden. Das müßte der erste Schritt sein; dann werde es auch möglich sein, sich über die Zusammenarbeit zu verständigen. Wie gedenke die Regierung ihre Reform durchzuführen? Darüber etwas zu wissen, liege durchaus im Interesse der Länder und insbesondere im Interesse der Ruhe und Ordnung.

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ weiter hört, wurde in der Aussprache von den Rednern der größeren Länder übereinstimmend die Notwendigkeit einer Bereinigung des Konflikts Reich—Preußen im Sinne einer loyalen und großzügigen Durchführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes betont. Uebereinstimmend wurde auch vor Verfassungsexperimenten und insbesondere vor einer nochmaligen Reichstagsauflösung gewarnt.

Das Ergebnis der Beratungen war die Annahme der Entschließung, die mit fast allen Stimmen, auch denen der preußischen Vertreter, erfolgte.

Das Hypotheken-Moratorium.

Neue Verordnung des Reichspräsidenten.

◆ Berlin, 12. November.

Durch eine heute veröffentliche Verordnung des Reichspräsidenten wird das Recht des Gläubigers, die Rückzahlung von dinglich gesicherten Forderungen zu verlangen, bis zum 1. April 1934 hinausgeschoben. Diese Maßnahme war erforderlich, da es bei Unergiebigkeit des Kapitalmarktes dem Schuldner zurzeit nicht möglich ist, sich eine Ersatzhypothek zu beschaffen. Aus diesem Grunde ist deshalb bereits in der Verordnung vom 27. September 1931 die Fälligkeit von landwirtschaftlichen Hypotheken bis zum 1. April 1935 hinausgeschoben. Eine ähnliche Vergünstigung besteht, wenn auch aus anderen Erwägungen, für die Schuldner von Kündigungshypotheken auf Grund der Vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931, denen ein Kündigungsschutz bis zum 31. Dezember 1933 gewährt ist. Es war daher ein Gebot der Gerechtigkeit, auch den übrigen hypothekarischen Schuldnern, insbesondere dem städtischen Grundbesitz, einen ähnlichen Zahlungsaufschub zu bewilligen. Die Verordnung bezieht sich auch auf bereits fällige Hypotheken, jedoch dann nicht, wenn die Fälligkeit durch einen besonderen Anlaß, z. B. den Verzug mit den Zinsen, herbeigeführt worden ist. In diesem Falle kann aber der Schuldner den Zahlungsaufschub beanspruchen, wenn er binnen einem Monat die rückständigen Beträge nachbezahlt. Den Interessen des Gläubigers ist dadurch Rechnung getragen, daß er in dem Falle eines dringenden Bedarfs der geschuldeten Beträge das Amtsgericht mit dem Antrage anrufen kann, daß die Hinausschiebung der Fälligkeit ganz oder teilweise unterbleibt. Abgesehen von Tilgungshypotheken findet die Verordnung insbesondere keine Anwendung auf Aufwertungshypotheken, auf landwirtschaftliche Hypotheken sowie auf Kündigungshypotheken, da insoweit andere Schutzbestimmungen gelten, auch nicht auf Hypotheken, die zur Sicherung eines bankmäßigen Personalkredits und ähnlicher kurzfristiger Darlehen dienen.

Ministerpräsident Braun gegen den Beamtenabbau.

((Berlin, 13. November.

Ministerpräsident Braun hat am 7. November, als die ersten Mitteilungen über einen größeren Beamtenabbau in der Presse erschienen, ein längeres Schreiben an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet, worin er sich gegen diese Maßnahmen verwahrt.

Der Ministerpräsident hat in dem Briefe auf die Unterredung vom 29. Oktober hingewiesen, in der er die Bitte geäußert habe, der Reichskommissar für Preußen möge von weiteren personellen Veränderungen solange absehen, bis eine Verständigung hierüber mit der preußischen Landesregierung herbeigeführt worden sei. Die seit dem 20. Juli vorgenommenen umfangreichen personellen Veränderungen hätten die preußische Verwaltung in ihren Grundlagen erschüttert. Es handele sich bei den davon betroffenen Beamten verschiedentlich gerade um besonders wertvolle und tüchtige Kräfte, die mehr als ein Vierteljahrhundert, teilweise noch länger, dem Beamtenkörper Preußens oder des Reiches angehören, in Krieg und Frieden ihren Mann gestanden und sich in jeder Hinsicht aufs vorzüglichste bewährt hätten.

Der Grund für diese Maßnahmen liege bei dem größten Teil ganz offensichtlich in der politischen Einstellung oder in der konfessionellen Zugehörigkeit der Beamten. Als besondere Kränkung hätten es diese Beamten empfinden müssen, daß in dem Schreiben des Reichskommissars, in denen ihre Versetzung in den einstweiligen Ruhestand mitgeteilt wurde, entgegen allen sonstigen Gepflogenheiten nicht ein Wort des Dankes und der Anerkennung für ihre langjährige Tätigkeit enthalten gehabe der Reichskommissar erklärt, sämtliche Maßnahmen mindesten geduldet, daß die ihnen nahestehenden Zeitungen stets von einer „Säuberung des Beamtenkörpers in Preußen" sprechen durften.

Noch bei der erwähnten Unterredung vom 29. Okt. haeb der Reichskommissar erklärt, sämtliche Maßnahmen seien lediglich „aus sachlichen Gründen" getroffen worden. Das Urteil des Staatsgerichtshofes habe zwar dem Reichskommissar die Befugnis gegeben, Beamten in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen oder zu entlassen, das gelte aber doch nur im Rahmen der dem Reichskommissar durch den Reichspräsidenten zugewiesenen Aufgabe, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen. Die Aufgaben des Reichskommissariats seien nach dem Staatsgerichtshofurteil nur vorübergehender Natur. Die preußische Landesregierung habe Anspruch darauf, nach Beendigung dieser Aufgaben einen Beamtenapparat wieder vorzufinden, der nicht durch unsachliche Eingriffe in seinen Grundlagen erschüttert sei.

Den Schutz der Beamtenschaft vor solchen Maßnahmen sehe die preußische Landesregierung als eine ihrer vornehmsten Pflichten an. Brauns Schreiben schließt mit der namens des gesamten preußischen Staatsministeriums ausgesprochenen dringenden Bitte, die durch Pressemitteilungen angekündigten weiteren personellen Maßnahmen zu verhindern.

Reichspräsident von Hindenburg hat auf dieses Schreiben des Ministerpräsidenten am 11. November geantwortet und darauf hingewiesen, daß im Urteil des Staatsgerichtshofs die Reichskommissare mit der Befugnis ausgestattet seien, preußische Beamte zu ernennen, zu befördern und in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Irgendwelchen Erfolg hat also das Schreiben Brauns nicht gehabt.

Eine Reihe der abgebauten Beamten will, wie verlautet, gegen den preußischen Staat im Wege der Klage vorgehen, mit der Begründung, der Beamtenabbau sei nach unsachlichen Gesichtspunkten erfolgt: man hätte z. B. alle Beamten, die ein bestimmtes Lebensalter erreicht haben, zur Ruhe setzen oder freiwerdende Stellen offen lassen können. Außerdem bedeute dieser Abbau keine Einsparung, wie sich aus andern bevorstehenden Maßnahmen schon jetzt ergäbe.

Neue Zwischenfälle in Genf

÷ Genf, 13. November.

Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung fand gestern vormittag die Beisetzung der Opfer der politischen Zusammenstöße statt. Nachdem die Beerdigung ohne Zwischenfälle verlaufen war, wurde die Lage in den Abendstunden wieder gespannter. Eine große Menschenmenge sammelte sich vor den Kasernen und gab ihrer gereizten Stimmung und ihrer Erregung durch Pfeifen und Zischen Ausdruck. Vor allem richteten sich diese Kundgebungen gegen die Mannschaften von zwei Bataillonen Walliser Infanterie, die zur Unterstützung der Genfer Garnison neuerdings herangeführt worden sind. Das Militär begnügte sich damit, die Menschen durch Wasserspritzen von den Postenketten fernzuhalten. Als die Menge sich jedoch dadurch nicht abschrecken ließ, entstand zeitweilig eine kritische Situation. Die Posten der wallisischen Bataillone schickten sich an, mit aufgepflanztem Bajonett und geladenem Gewehr die Ansammlungen vor den Kasernen aufzulösen. Die entschlossene Haltung der Walliser verfehlte ihren Eindruck nicht, und allmählich zerstreute sich die Menge in den anliegenden Straßen. Die Polizei hat mehrere Verhaftungen vorgenommen. Es handelt sich um Ruhestörer, die die Soldaten beschimpften. Die Verhafteten wurden heute wieder freigelassen. Größere Ausschreitungen wurden, soweit bis jetzt bekanntgeworden ist, im weiteren Verlauf der Nacht vermieden.

Inzwischen haben die Gewerkschaften den Generalstreik für beendet erklärt. In einem Aufruf fordern sie die Genfer Arbeiterschaft auf, Disziplin zu wahren und die Arbeit in aller Ruhe wieder aufzunehmen.

Die Schweizerische Depeschen-Agentur tritt Gerüchten entgegen, daß ein Teil der Garnison gemeutert haben soll. Anlaß zu diesen Gerüchten hätten zwei oder drei kleinere Vorkommnisse gegeben, über die eine Untersuchung im Gange sei. Ein Soldat, der seinem Kommandanten das Wort „Mörder" zurief, wurde sofort verhaftet. Es heißt aber, die gestern abend erfolgte Hinzuziehung der beiden wallisischen Bataillone habe sich deshalb als notwendig erwiesen, weil verschiedene Anzeichen darauf hindeuteten, daß man sich im Ernstfalle nicht unbedingt auf die Genfer Truppen hätte verlassen können. Teile der Genfer Truppen hätten zeitweilig in bedrohlicher Weise von den Fenstern ihrer Kasernen aus mit der Menge zu fraternisieren begonnen. Viele von ihnen sollen sich an dem Gesang der Internationale beteiligt haben. Man spricht davon, daß die Lage zeitweise äußerst kritisch war und erklärt das damit, daß die Truppen in verschiedene, etwas abseits gelegene Schulen der Stadt verteilt wurden. In die Kasernen kamen die beiden neuen Bataillone aus dem Wallis, die man bereits vorsorglich in die Nähe Genfs transportiert hatte. — Im ganzen waren gestern 4000 Mann Militär in Genf konzentriert.

Die Lausanner Rekrutenschule verließ Genf am Sonntag morgen um 11 Uhr in vollkommener Ordnung unter größter Ruhe. Das Landwehrbataillon 103, bestehend aus Genfer Soldaten, wurde am mittag wieder entlassen. Mobilisiert blieben noch die Genfer Bataillone 7, 10 und 13, sowie die zur Zeit in der Kaserne stationierten drei Walliser Bataillone.

Acht Soldaten, die im Zusammenhang mit den Zwischenfällen vom Sonnabend verhaftet worden waren, wurden nach dem St. Antoine-Gefängnis übergeführt und dem militärischen Untersuchungsrichter zur Verfügung gestellt.

Ein amerikanischer Student, namens Karl Herreshoff, der wegen der Beschimpfung der Armee festgenommen worden ist, wird noch im Laufe des Tages aus der Schweiz ausgewiesen und unter polizeilicher Bedeckung an die Grenze geleitet werden. — Sofern sich nicht neue Zwischenfälle ereignen, soll ein Teil des Genfer Regiments am Montag und der Rest am Dienstag entlassen werden. Die Walliser Truppen werden wahrscheinlich in den nächsten Tagen nach dem Wallis zurückkehren.

Am frühen Nachmittag wurden bei bekannten Genfer Kommunisten Haussuchungen vorgenommen. Ferner wurden etwa ein Dutzend Personen verhaftet, darunter ein Chauffeur, der am Abend des 9. November der Polizei bereits aufgefallen war, als er die Menge aufforderte, mit allen Mitteln zu demonstrieren.